

1. VORWORT

Auch für das Haushaltsjahr 2011 gestaltete sich die Haushalts- und Finanzplanung des Marktes Pleinfeld auf Grund der wie in den Vorjahren sehr ungünstigen Rahmenbedingungen sehr schwierig.

Die Haushaltswirtschaft wird dabei vor allem von zwei wesentlichen Punkten maßgeblich geprägt: So ist bei der Gewerbesteuer von einem massiven Rückgang der Einnahmen auszugehen, der nicht kompensiert werden kann. Verstärkt wird dieser negative Effekt durch die trotz Verringerung der Umlagekraft sehr hohe Umlagebelastung des Marktes, die eine direkte Folge der Erhöhung des Umlagesatzes der Kreisumlage durch den Landkreis ist.

Die weitere Entwicklung auf den globalen Märkten lässt sich nur schwer abschätzen. Die Prognosen auf Grund der Steuerschätzungen gehen zwar von steigenden Steuereinnahmen in den Jahren 2011 und 2012 aus, jedoch wird seitens des Bundes gleichzeitig auf den eingeschlagenen Konsolidierungskurs und die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse verwiesen. Ob die prognostizierten Mehreinnahmen daher tatsächlich bei den Kommunen ankommen, ist vor diesem Hintergrund sehr kritisch zu beurteilen.

Um die Finanzsituation des Marktes langfristig zu verbessern und die dauernde Leistungsfähigkeit auch künftig sicherzustellen, hat der Marktgemeinderat in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 Konsolidierungsprogramme verabschiedet, die zu einer Entspannung der Finanzlage beigetragen haben. Es sind jedoch weitere Maßnahmen erforderlich, um die finanzielle Situation vor allem im Verwaltungshaushalt nachhaltig positiv zu beeinflussen.

Trotz intensiver Bemühungen ist es nicht gelungen, im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 eine angemessene Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt zu veranschlagen. Aus heutiger Sicht ist erst ab dem Haushaltsjahr 2013 mit entsprechenden Zuführungsdaten zu rechnen. So bleibt zu hoffen, dass nach Abschluss der schwierigen Haushaltsjahre 2011 und 2012 eine Entspannung der Finanzlage erreicht werden kann.

2. ALLGEMEINE INFORMATIONEN

2.1. ERSTELLUNG UND INHALT

Der Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2011 wurde im Zeitraum von Oktober 2010 bis Ende Februar 2011 erstellt. Der Haushalts- und Finanzplanung für den Zeitraum 2010 bis 2014 liegen Schätzungen und Prognosen aus Politik und Wirtschaft, verschiedene Berechnungsgrundlagen sowie die Erfahrungswerte aus der Finanzplanung des Marktes Pleinfeld in den vergangenen Jahren zu Grunde. Der Marktgemeinderat erhielt in seiner Sitzung am 10.02.2011 einen Sachstandsbericht zur Haushaltsplanung und zur Finanzsituation. Die Vorberatungen fanden in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 23.02.2011 sowie in den einzelnen Fraktionen statt. Die Verabschiedung der Haushalts- und Finanzplanung erfolgte in der Sitzung des Marktgemeinderates am 17.03.2011.

Die Haushaltssatzung beinhaltet wie bisher als Anlage bzw. als Festsetzung

- den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011,
- den Finanzplan mit Investitionsprogramm,

- den Stellenplan für die Beamten und Beschäftigten,
- den Höchstbetrag der Kassenkredite und
- den Gesamtbetrag der Darlehen, die für Investitionen im Vermögenshaushalt vorgesehen sind.

2.2. GESETZLICHE GRUNDLAGEN, AUFBAU UND SYSTEMATIK

Der vorliegende Haushaltsplan basiert auf den Grundsätzen der Kameralistik und ist nach den Vorgaben der Gemeindeordnung und des kommunalen Haushalts- und Wirtschaftsrechts sowie unter Berücksichtigung ergänzender Regelungen und Rechtsverordnungen erstellt worden.

Der Haushaltsplan besteht aus dem Verwaltungshaushalt und dem Vermögenshaushalt.

Die im Haushaltsjahr voraussichtlich eingehenden Einnahmen und die zu leistenden Ausgaben sind den Einzelplänen (=EP), Abschnitten (=AB) und Unterabschnitten (=UAB) zugeordnet, die ziffernmäßig nach sachlich zusammengehörenden Aufgabenbereichen auf Grund der Vorgaben des verbindlichen Gliederungsplanes gebildet werden.

Die erste Stelle der vierstelligen Gliederungsziffer bezeichnet den Einzelplan, die zweite Stelle den Abschnitt und die dritte und vierte Stelle den Unterabschnitt.

Innerhalb der Einzelpläne, Abschnitte und Unterabschnitte werden die Einnahmen und Ausgaben nach ihrer Art und Herkunft unterschieden und in Hauptgruppen (=HGr), Gruppen (=Gr) und Untergruppen (=UGr) geordnet.

Die erste Stelle der vierstelligen Gruppierungsziffer bezeichnet die Hauptgruppe, die zweite Stelle die Gruppe und die dritte und vierte Stelle die Untergruppe.

Im Verwaltungshaushalt werden für die Hauptgruppen der Einnahmen die Ziffern 0 bis 2 verwendet und für die Ausgabe-Hauptgruppen die Ziffern 4 bis 8.

Bei den Hauptgruppen im Vermögenshaushalt steht die Ziffer 3 für sämtliche Einnahmen und die Ziffer 9 für alle Ausgaben.

Im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 wurden im Vergleich zum Vorjahr bei einigen Haushaltsstellen redaktionelle Änderungen auf Grund der gesetzlichen Vorschriften vorgenommen.

Der Regiebetrieb Gemeindewerke wurde ab dem Haushaltsjahr 2010 auf Grund der Umstellung auf die doppische Buchführung aus dem kameralen Haushaltsplan ausgegliedert. Aus dem vorliegenden Haushaltsplan sind noch die Rechnungsergebnisse für das Haushaltsjahr 2009 ersichtlich. Die aktuellen Planungen gehen aus dem Wirtschaftsplan der Gemeindewerke hervor. Zur besseren Übersichtlichkeit wurden in den Bereichen Schulden und Stellenplan den Regiebetrieb Gemeindewerke betreffende Daten in diesen Vorbericht aufgenommen.

3. STATISTISCHE DATEN, STRUKTUR, SITUATION UND ENTWICKLUNG

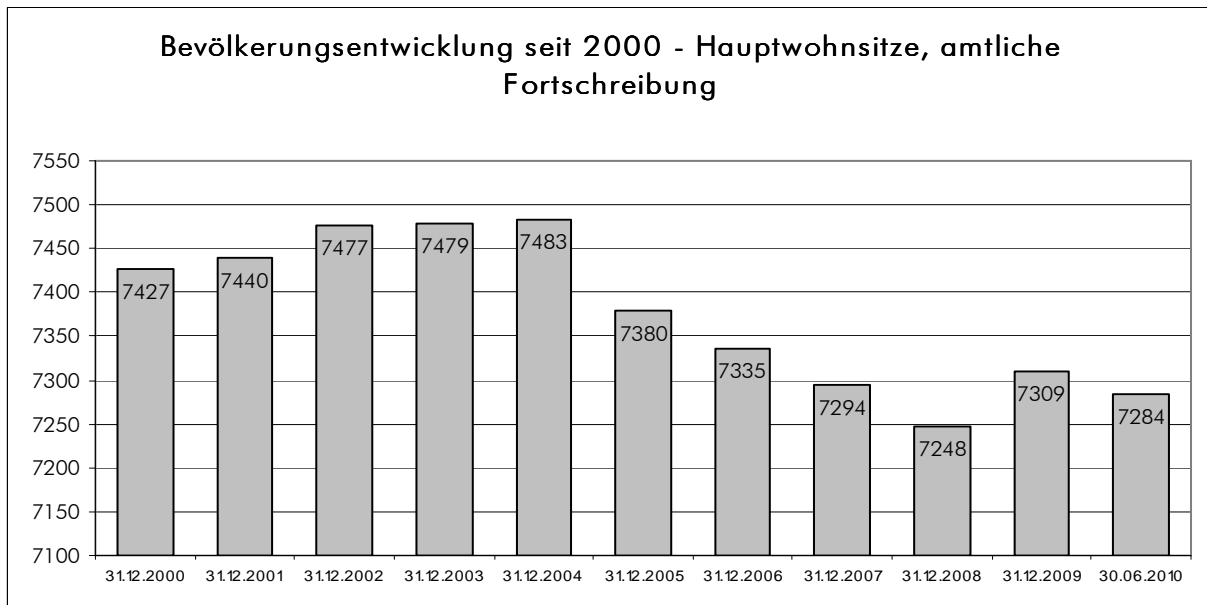
An dieser Stelle soll auf der Grundlage von statistischen Daten ein Überblick über die Struktur und die Situation des Marktes Pleinfeld aufgezeigt werden.

Als Datenquellen dienen in erster Linie eigenes Material sowie die aktuellsten Erhebungen und Fortschreibungen des Bayer. Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung.

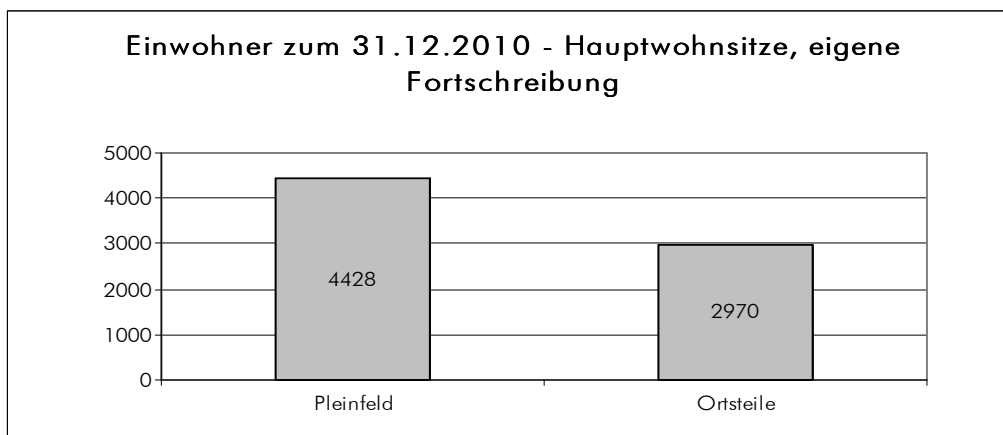
3.1. BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

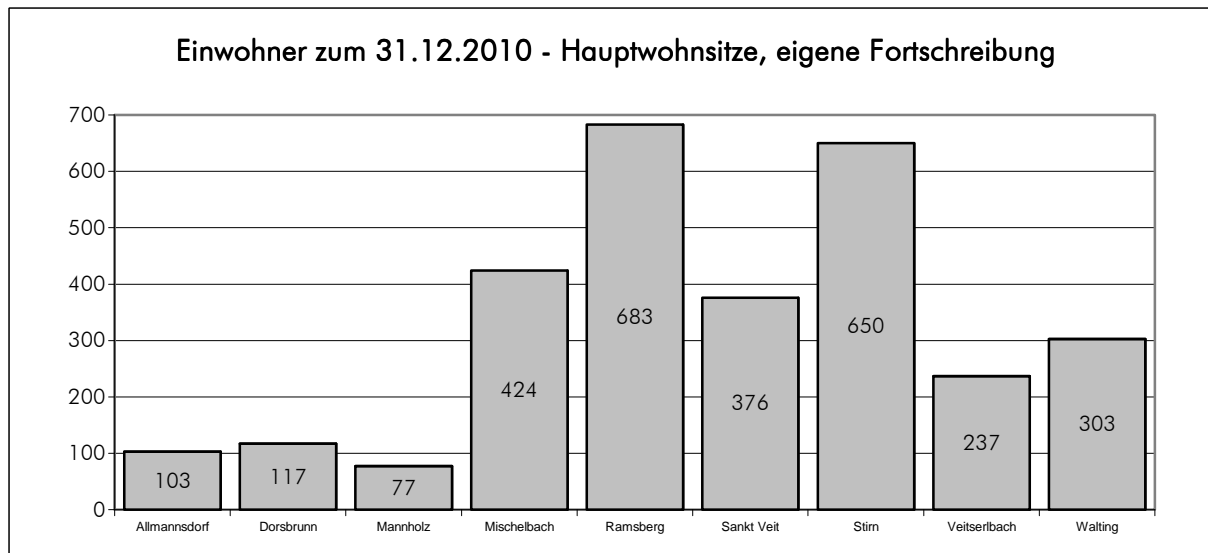
Die Bevölkerungsentwicklung und -struktur ist insbesondere im Hinblick auf von staatlicher Seite gewährte Steueranteile und Zuweisungen von großer Bedeutung.

Nachdem im Jahr 2004 die bisher höchste Einwohnerzahl erreicht wurde, war fortan ein kontinuierlicher Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Erstmals seit 2004 konnte dieser Trend im Vergleich der amtlichen Einwohnerzahlen zum 31.12.2008 und 31.12.2009 unterbrochen werden. Leider scheint diese positive Entwicklung nur eine Momentaufnahme zu sein, denn bereits zum 30.06.2010 muss wieder ein Rückgang der Bevölkerung verzeichnet werden. Unabhängig davon gehen die Prognosen für die Zukunft insbesondere für den Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen von einem erheblichen Rückgang der Bevölkerung aus, was die Kommunen auch vor dem Hintergrund des damit einher gehenden höheren Durchschnittsalters der Bevölkerung vor einige neue Probleme und Herausforderungen stellen wird.



Nach eigenen Fortschreibungen wohnten im Gemeindegebiet zum 31.12.2010 insgesamt 7.398 Personen mit Hauptwohnsitz. Diese verteilen sich wie folgt:





Wie im Vorjahr zeigte sich auch im Jahr 2010 bei den eigenen Fortschreibungen eine sehr erfreuliche Entwicklung, da erstmals seit dem Jahr 2004 in beiden Jahren wieder ein positiver Wanderungssaldo erreicht wurde. Demnach sind 2010 355 Personen mit Hauptwohnsitz im Gemeindegebiet zugezogen. Im Berichtszeitraum sind 340 Personen verzogen.

Allerdings wurden im Jahr 2010 76 Sterbefälle und lediglich 51 Geburten registriert, so dass die Einwohnerzahl auf der Grundlage eigener Fortschreibungen im Vergleich zum Vorjahr rückläufig war. Eine derart geringe Anzahl von Geburten hat es seit vielen Jahren nicht mehr gegeben.

3.2. ERZIEHUNG UND BILDUNG

Im Gemeindegebiet werden derzeit 5 Kindertagesstätten in kirchlicher Trägerschaft betrieben (2 Kindergärten in Pleinfeld, jeweils ein Kindergarten in Stirn und Dorsbrunn, eine Kinderkrippe).

Auf Grund des entsprechenden Bedarfes ist die Schaffung und Bereitstellung von zusätzlichen Kinderkrippenplätzen erforderlich.

Mit dem kirchlichen Träger stehen diesbezügliche Verhandlungen an, wobei auch die künftige Trägerschaft der Kindertagesstätten sowie die Verteilung der finanziellen Lasten zu klären sind.

Einige Kinder aus den im östlichen Gemeindegebiet gelegenen Ortsteilen besuchen den Kindergarten in Ettenstatt.

In einigen Fällen wurden auch Kinder in Einrichtungen anderer Gemeinden untergebracht, wofür der Markt entsprechende Zuschüsse leistet.

Der Markt ist Sachaufwandsträger für die Volksschule Pleinfeld (Grundschule) sowie für die Brombachsee-Volksschule Pleinfeld (Hauptschule). Die Ortsteile Engelreuth und Roxfeld gehören nicht zum Schulsprengel. Die Schülerinnen und Schüler aus diesen Ortsteilen werden in Ellingen beschult.

Nach wie vor werden Jugendliche aus anderen Schulsprengeln als Gastschüler an der Hauptschule unterrichtet. Hierfür erhält der Markt Gastschulbeiträge.

Die Grundschule wird von 290 Kindern besucht, die in 12 Klassen von 19 Lehrerinnen und Lehrern (incl. Fachlehrkräfte) und 4 Lehrkräften für Religion unterrichtet werden.

In der Hauptschule werden 155 Schülerinnen und Schüler in 8 Klassen von 13 Lehrerinnen und Lehrern (incl. Fachlehrkräfte) und 3 Lehrkräften für Religion unterrichtet.

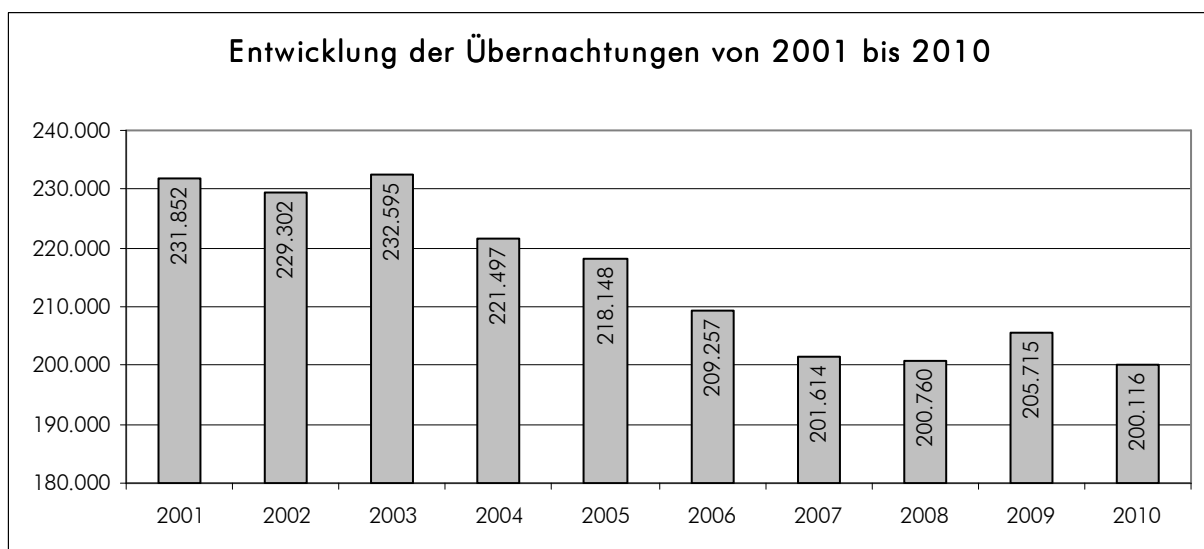
Die durchschnittlichen Klassenstärken bewegen sich im landesüblichen Rahmen.

Im Bereich der Hauptschule laufen derzeit umfangreiche Sanierungsmaßnahmen, die neben den vereinbarten Maßnahmen zur Kooperation für den Schulverbund „Mittelschule am Limes“ auch dazu beitragen sollen, den Schulstandort Pleinfeld zu sichern und aufzuwerten. Insgesamt bleibt abzuwarten, ob und inwieweit sich die Schulpolitik des Freistaates insbesondere im Hinblick auf die Hauptschulen künftig weiter entwickelt.

Für die Betreuung der Schülerinnen und Schüler nach dem Unterricht werden in Zusammenarbeit mit dem Kolping-Bildungswerk vielfältige Betreuungsmöglichkeiten an beiden Schulen angeboten, die mittlerweile sehr gut angenommen werden. Der Markt erhält hierfür Zuschüsse des Freistaates.

3.3. TOURISMUS

Im Tourismussektor ist in den Jahren 2004 bis 2008 ein permanenter Rückgang der Übernachtungen zu verzeichnen. Im Jahr 2009 zeigte sich erstmals wieder ein leichter Anstieg der Übernachtungszahlen im Vergleich zum Vorjahr. Allerdings bestätigte sich dieser positive Trend im Jahr 2010 nicht, denn die Übernachtungszahlen sind wieder gesunken und haben in etwa das Niveau des Jahres 2008 erreicht.



Im Kultur- und Tourismussektor gilt es nach wie vor, die Zahl der Gäste zu stabilisieren und zu steigern. Weiterhin sollte versucht werden, durch die Zusammenarbeit mit dem Landkreis und anderen touristischen Verbänden und Leistungsträgern Synergieeffekte zu schaffen und Kosten zu reduzieren.

3.4. BAUTÄTIGKEIT

Im Jahr 2010 war zwar die Bautätigkeit insgesamt rückläufig, jedoch konnte eine leichte Steigerung beim Gebäudebau verzeichnet werden. Im vergangenen Jahr wurden im Gemeindegebiet insgesamt 20 Gebäude (Wohnhaus, Ferienwohnung, Betriebsgebäude) errichtet, davon 14 in Pleinfeld, 2 in Stirn sowie jeweils ein Gebäude in Dorsbrunn, Hohenweiler, Mischelbach und Ramsberg am Brombachsee.

3.5. GEMEINDLICHE EINRICHTUNGEN

Der Markt unterhält eine Vielzahl von gemeindlichen Einrichtungen und Gebäuden, was auch durch das relativ große Gemeindegebiet mit vielen Ortsteilen bedingt ist.

Nicht nur der laufende Unterhalt und die Bewirtschaftung dieser Einrichtungen verursachen hohe Kosten, sondern auch im investiven Bereich ist mit finanziellen Belastungen zu rechnen. Hier ist zu prüfen, ob künftig Maßnahmen ergriffen werden können, die zu einer Reduzierung der Ausgaben führen.

Im Jahr 2010 konnte der Neubau für den Bauhof und die Gemeindewerke fertig gestellt und bezogen werden. Im laufenden Jahr ist im Ortsteil Walting die Errichtung eines Feuerwehrgerätehauses mit Vereinsräumen vorgesehen.

Die als Regiebetrieb geführten Gemeindewerke üben zusätzlich sowohl die kaufmännische als auch die technische Betriebsführung für den Zweckverband zur Wasserversorgung der Pfaffenberggruppe aus.

4. RÜCKBLICK AUF DAS HAUSHALTSJAHR 2010

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2010 sowie die mittelfristige Finanzplanung (Finanzplan) und der Stellenplan wurden vom Marktgemeinderat in seiner Sitzung am 15.04.2010 verabschiedet.

Die Haushaltsrechnung ergab folgenden Abschluss:

	Verwaltungshaushalt	Vermögenshaushalt	Gesamthaushalt
Haushaltsansatz	8.766.450,00 EUR	2.894.000,00 EUR	11.768.650,00 EUR
Rechnungsergebnis	9.162.953,41 EUR	2.834.056,82 EUR	11.997.010,23 EUR

Die Haushaltswirtschaft des Marktes Pleinfeld verlief im Haushaltsjahr 2010 trotz aller Umstände relativ geordnet. Insgesamt konnte trotz aller negativen Einflüsse und Prognosen ein Jahresergebnis erzielt werden, das als zufrieden stellend bezeichnet werden kann.

Wesentlich hierzu beigetragen haben höhere Einnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Hier standen einem Haushaltsansatz von 2.255.000 EUR Einnahmen von rd. 2.537.400 EUR gegenüber, was einer Steigerung von rd. 12,5 % gleichkommt.

Die Zuführung zum Vermögenshaushalt konnte im Ergebnis im Vergleich zum Haushaltsansatz von lediglich 93.000 EUR um rd. 199.960 EUR auf einen Betrag von rd. 292.960 EUR gesteigert werden, was in etwa das Dreifache des ursprünglichen Ansatzes ausmacht.

Ein Teil der im Vermögenshaushalt veranschlagten Maßnahmen konnte im Jahr 2010 nicht verwirklicht bzw. nicht abgeschlossen werden. Hierfür wurden Haushaltsausgabereste (HAR) von insgesamt 1.454.775,22 EUR neu gebildet. Ferner stehen noch Haushaltsausgabereste aus Vorjahren in Höhe von insgesamt 386.034,39 EUR zur Verfügung.

Zum Haushaltsausgleich wurden Haushaltseinnahmereste (HER) in der Gesamthöhe von 1.247.700 EUR neu gebildet (davon 300.000 EUR aus Kreditaufnahmen). Weiterhin können noch 2.100.000 EUR aus der Aufnahme von Krediten in Anspruch genommen werden.

Entsprechende Vermerke zu den Haushaltsresten wurden im Haushaltsplan 2011 bei den einzelnen Haushaltsstellen angebracht.

In Abgang gebracht wurden alte Haushaltseinnahmereste in Höhe von 191.000 EUR. Alte Haushaltsausgabereste wurden in Höhe von 79.562,04 EUR abgesetzt.

Unter Berücksichtigung der gebildeten und in Abgang gebrachten Haushaltsreste schloss die Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2010 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Ein Sollüberschuss konnte nicht erzielt werden. Zum Rechnungsausgleich wurden der allgemeinen Rücklage rd. 24.000 EUR entnommen. Eine weitere, gemäß Haushaltsplanung eigentlich vorgesehene Rücklagenentnahme war nicht erforderlich.

Die Gesamtrücklage des Marktes Pleinfeld belief sich zum Ende des Rechnungsjahres 2010 auf 830.050 EUR. Davon entfallen auf die allgemeine Rücklage 422.176 EUR, auf die Sonderrücklage Abwasser 400.638 EUR sowie auf die Sonderrücklage Mehrgenerationenhaus 7.236 EUR. Die nach dem Haushaltsrecht erforderliche Mindestrücklage wird damit vorgehalten.

Nähere Details zur Abwicklung des Haushaltsjahres 2010 sind der Jahresrechnung sowie dem zugehörigen Rechenschaftsbericht zu entnehmen, der in Kürze erstellt wird.

Die Kassenlage war im Rechnungsjahr 2010 Schwankungen unterworfen, wobei die Kassenliquidität jedoch stets gesichert war und die notwendigen Kassenkredite (Kontokorrentkredite) überwiegend im Rahmen des Höchstbetrages nach der Haushaltssatzung blieben. Eine zeitweise Überschreitung dieses Höchstbetrages erfolgte in Absprache mit dem Landratsamt als Rechtsaufsichtsbehörde.

Die vorhandenen Rücklagemittel wurden ganzjährig fast ausschließlich als Kassenbestandsverstärkung eingesetzt. Wenn sie nicht für die Liquiditätsplanung notwendig waren, wurden sie verzinslich angelegt.

Zum Ende des Haushaltsjahres 2010 hatte der Markt Kasseneinnahmereste (KER) in Höhe von insgesamt rd. 529.000 EUR für ausstehende Forderungen zu verzeichnen (Verwaltungshaushalt rd. 351.000 EUR, Vermögenshaushalt rd. 178.000 EUR). Kassenausgabereste wurden nicht gebildet. Im Zuge der Jahresrechnung wurden Kasseneinnahmereste in Höhe von insgesamt rd. 100.000 EUR niedergeschlagen und entsprechend in Abgang gebracht.

Das endgültige Ergebnis der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2010 wird dem Marktgemeinderat zu gegebener Zeit vorgelegt.

5. AUSBLICK AUF DAS HAUSHALTSJAHR 2011

5.1. FINANZIELLE SITUATION

Wie bereits im Vorwort angedeutet, zeigte sich bei der Erstellung des Haushaltsplanes für das Jahr 2011, dass dieses in finanzieller Hinsicht ein „schwieriges Jahr“ werden wird.

Keine neue Erkenntnis ist die Tatsache, dass die Kommunen generell mit Problemen konfrontiert werden, die sich aus der Systematik und den damit verbundenen Auswirkungen des kommunalen Finanzausgleiches ergeben. Die finanzielle Leistungsfähigkeit des Marktes wird dadurch im Jahr 2011 allerdings nur unwesentlich beeinflusst.

Viel schwerer wiegt die Tatsache, dass aus heutiger Sicht von einem signifikanten Rückgang der Einnahmen bei der Gewerbesteuer ausgegangen werden muss. Dem Rechnungsergebnis aus dem Jahr 2010 von rd. 1.740.000 EUR steht 2011 lediglich ein Ansatz von 1.400.000 EUR gegenüber. Sehr belastend auf die Haushaltswirtschaft wirkt sich auch die Erhöhung des Umlagesatzes der Kreisumlage durch den Landkreis aus. Diese Erhöhung führt zu einer Mehrbelastung des Marktes von rd. 150.000 EUR. Auf Grund dieser Dimensionen war es im Endeffekt nicht möglich, anderweitig ausreichende Kompensationsmaßnahmen einzuleiten.

Hinzu kommt das in der Vergangenheit bereits mehrfach diskutierte „strukturelle Defizit“ des Marktes, das sich hauptsächlich auf die mangelnde finanzielle Beweglichkeit im Verwaltungshaushalt und die teilweise unzureichende Erwirtschaftung von angemessenen Zuführungsraten an den Vermögenshaushalt bezieht.

Der Marktgemeinderat hat durch die Verabschiedung von Konsolidierungsprogrammen in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltslage und zur Sicherung der dauernden Leistungsfähigkeit in den Folgejahren eingeleitet. Um das auch in den Grundsätzen für die Gemeindeentwicklung Pleinfelds festgelegte Ziel einer nachhaltigen Finanzwirtschaft weiter verfolgen und erreichen zu können, ist jedoch die umfassende Prüfung weiterer Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich.

So ist die finanzielle Situation des Marktes im Haushaltsjahr 2011 nach wie vor sehr angespannt und das vorliegende „Zahlenwerk“ wurde sehr knapp kalkuliert. Finanzielle Spielräume sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu erwarten.

Im Ergebnis war es wiederum nicht möglich, im laufenden Jahr eine angemessene Zuführungsrate im Verwaltungshaushalt zu erwirtschaften und dem Vermögenshaushalt zuzuführen. Hierfür wurde ein Betrag von 310.000 EUR veranschlagt. Die Mindestzuführungsrate zum Vermögenshaushalt, die zur Sicherstellung der ordentlichen Tilgung von Krediten (Haushaltsansatz 494.000 EUR) dient, liegt nach Abzug der vom Freistaat gewährten Investitionspauschale bei 430.000 EUR.

Letztlich kann die ordentliche Tilgung von Krediten durch die geplanten Entnahmen aus den Rücklagen in Höhe von insgesamt 217.600 EUR (allgemeine Rücklage 108.000 EUR, Sonderrücklage Abwasser 109.600 EUR) gewährleistet werden.

Mit der Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt kann auch keine freie Spanne für die notwendigen Investitionen geschaffen werden, so dass zur Finanzierung der bereits begonnenen und der vorgesehenen Maßnahmen im Haushaltsjahr 2011 Einnahmen aus der Aufnahme von Krediten in Höhe von insgesamt 400.000 EUR veranschlagt werden mussten. Ferner steht der Haushaltseinnahmerest von 2.400.000 EUR aus der Aufnahme von Krediten aus vorangegangenen Haushaltsjahren zur Deckung der Ausgaben zur Verfügung, wobei hiervon bereits ein Betrag in Höhe von

2.000.000 EUR in Anspruch genommen wurde. Weitere notwendige Kreditaufnahmen erfolgen zu gegebener Zeit im Laufe des Jahres 2011.

Verpflichtungsermächtigungen sind im Haushaltsjahr 2011 nicht vorgesehen.

5.2. HAUSHALTSVOLUMEN

Das Gesamtvolumen des Haushaltsplanes beläuft sich in den Einnahmen und Ausgaben auf

11.768.650 EUR.

Das Volumen des Gesamthaushaltes hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht, wobei die Ansätze im Verwaltungshaushalt über und die Ansätze im Vermögenshaushalt unter den Ansätzen des Jahres 2010 liegen.

Bei der Erstellung des Haushaltsplanes war die Höhe der staatlichen Zuweisungen und der Kreisumlage bekannt, so dass die diesbezüglichen Ansätze auf aktuellen Zahlen basieren. Es ist davon auszugehen, dass die veranschlagten Einnahmen insbesondere beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und bei der Gewerbesteuer erreicht werden können. Es bleibt zu hoffen, dass die Entwicklung gerade dieser beiden Einnahmen im Jahresverlauf positiv verläuft und in diesem Fall am Jahresende Mehreinnahmen bilanziert werden können.

Zum Haushaltsausgleich ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 400.000 EUR vorgesehen. Aus der allgemeinen Rücklage soll ein Betrag von 108.000 EUR entnommen werden, um in Ergänzung zur Zuführung vom Verwaltungshaushalt die ordentliche Tilgung der Kredite zu sichern. Veranschlagt ist auch eine Entnahme von 109.600 EUR aus der Sonderrücklage Abwasser. Neben der Sicherung der ordentlichen Tilgung der Kredite soll die Finanzierung von Investitionen im Abwasserbereich hierdurch gedeckt werden.

	Haushaltsjahr 2011 in EUR	Haushaltsjahr 2010 in EUR	Veränderung +/- in EUR	Veränderung +/- in %
Verwaltungshaushalt	9.024.550	8.766.450	+ 258.100	+ 2,9
Vermögenshaushalt	2.744.100	2.894.000	- 149.900	- 5,2
Gesamthaushalt	11.768.650	11.660.450	+ 108.200	+ 0,9

Der Anteil des Verwaltungshaushaltes am Gesamthaushalt beläuft sich auf rd. 76,7 %, während der Vermögenshaushalt einen Anteil von rd. 23,3 % am Gesamtvolumen des Haushaltes hat.

5.3. HAUSHALTSQUERSCHNITT VERWALTUNGSHAUSHALT

5.3.1. EINNAHMEN

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Haushaltsansätze in den verschiedenen Einnahmegruppen des Verwaltungshaushaltes im Vergleich zu den Ist-Rechnungsergebnissen der beiden Vorjahre. Erläuterungen zu den einzelnen Einnahmegruppen siehe Nr. 1 der Anlage zum Vorbericht (Seite 23).

Einnahmegruppen	Haushaltsjahr 2011 in EUR	Ist-Rechnungsergebnis 2010 in EUR	Ist-Rechnungsergebnis 2009 in EUR
Steuern, allgemeine Zuweisungen	6.097.500	6.386.652,01	6.103.008,99
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	2.392.100	2.301.876,79	6.396.355,84
Sonstige Finanzeinnahmen	534.950	549.692,18	817.961,53
Gesamt	9.024.550	9.238.220,98	13.317.326,36

5.3.2. AUSGABEN

Die mit insgesamt 9.024.550 EUR veranschlagten Ausgaben des Verwaltungshaushaltes verteilen sich auf die nachfolgenden Ausgabegruppen. Erläuterungen zu den einzelnen Ausgabegruppen siehe Nr. 2 der Anlage zum Vorbericht (Seite 23).

Ausgabegruppen	Haushaltsjahr 2011 in EUR	Ist-Rechnungsergebnis 2010 in EUR	Ist-Rechnungsergebnis 2009 in EUR
Personalausgaben	1.997.450	1.893.804,28	2.344.564,71
Sächl. Verwaltungs- und Betriebsaufwand	2.958.800	2.774.870,37	6.526.676,08
Zuweisungen und Zuschüsse (nicht für Investitionen)	850.800	926.041,07	828.531,45
Sonstige Finanzausgaben	3.217.500	3.994.812,41	4.044.128,84
Gesamt	9.024.550	9.589.528,13	13.743.901,08

5.4. HAUSHALTSQUERSCHNITT VERMÖGENSHAUSHALT

5.4.1. EINNAHMEN

Die nachfolgende Übersicht zeigt Art und Höhe der Deckungsmittel zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes 2011, dessen Gesamtvolumen mit 2.744.100 EUR veranschlagt wurde.

Einnahmegruppen	Haushaltsjahr 2011 in EUR	Ist-Rechnungsergebnis 2010 in EUR	Ist-Rechnungsergebnis 2009 in EUR
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	310.000	292.959,79	381.805,18
Entnahmen aus Rücklagen	217.600	24.031,37	405.308,39
Veräußerung von Anlagevermögen	348.000	284.221,51	172.128,07

Beiträge und ähnliche Entgelte	100.000	331.531,08	222.624,62
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	1.368.500	633.992,27	453.066,07
Einnahmen aus Krediten und Umschuldungen	400.000	385.000,00	1.500.000,00
Sonstiges (Abschluss)	0	0,00	0,00
Gesamt	2.744.100	1.951.736,02	3.134.932,33

5.4.2. AUSGABEN

Im Vermögenshaushalt verteilen sich die veranschlagten Ausgaben auf folgende Verwendungszwecke:

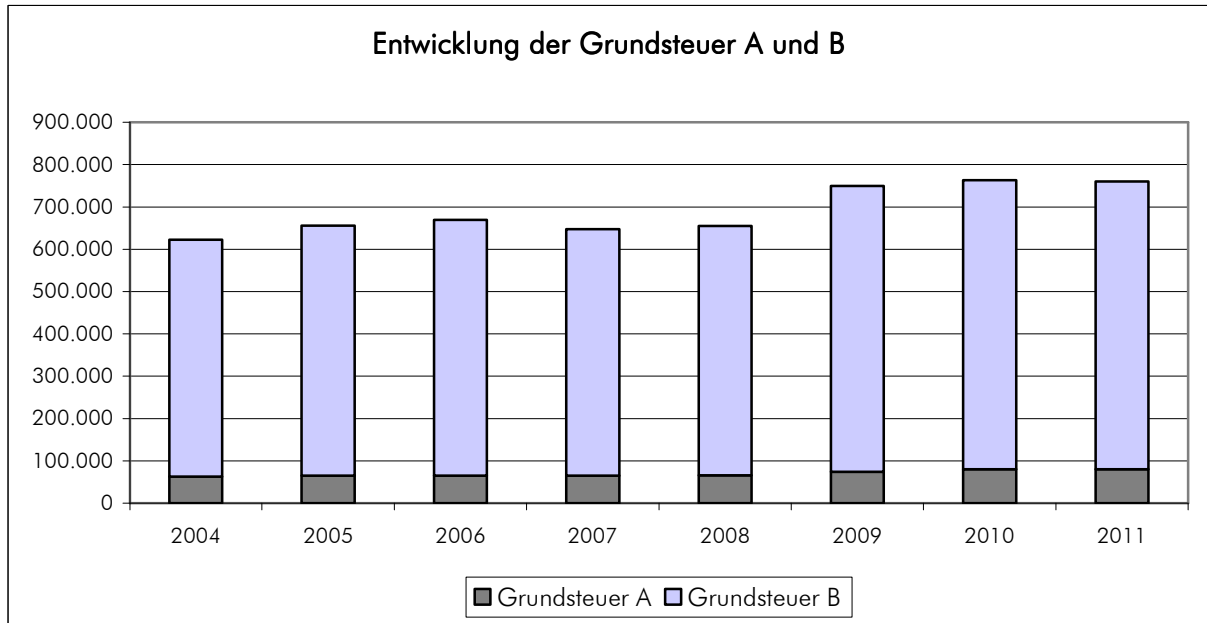
Ausgabegruppen	Haushaltsjahr 2011 in EUR	Ist-Rechnungsergebnis 2010 in EUR	Ist-Rechnungsergebnis 2009 in EUR
Zuführung zum Verwaltungshaushalt	0	0,00	150.000,00
Zuführung an Rücklagen	0	815,31	6.421,00
Erwerb von Vermögen	135.400	214.874,64	276.205,95
Baumaßnahmen	2.058.000	2.700.842,06	1.326.916,06
Tilgung von Krediten	494.000	655.420,56	593.044,96
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	56.700	56.813,00	68.933,00
Sonstiges (Abschluss)	0	7.693,54	721.104,90
Gesamt	2.744.100	3.636.459,11	3.142.625,87

6. WICHTIGE EINNAHMEN UND AUSGABEN DES VERWALTUNGSHAUSHALTES

6.1. EINNAHMEN

6.1.1. GRUNDSTEUER A UND B

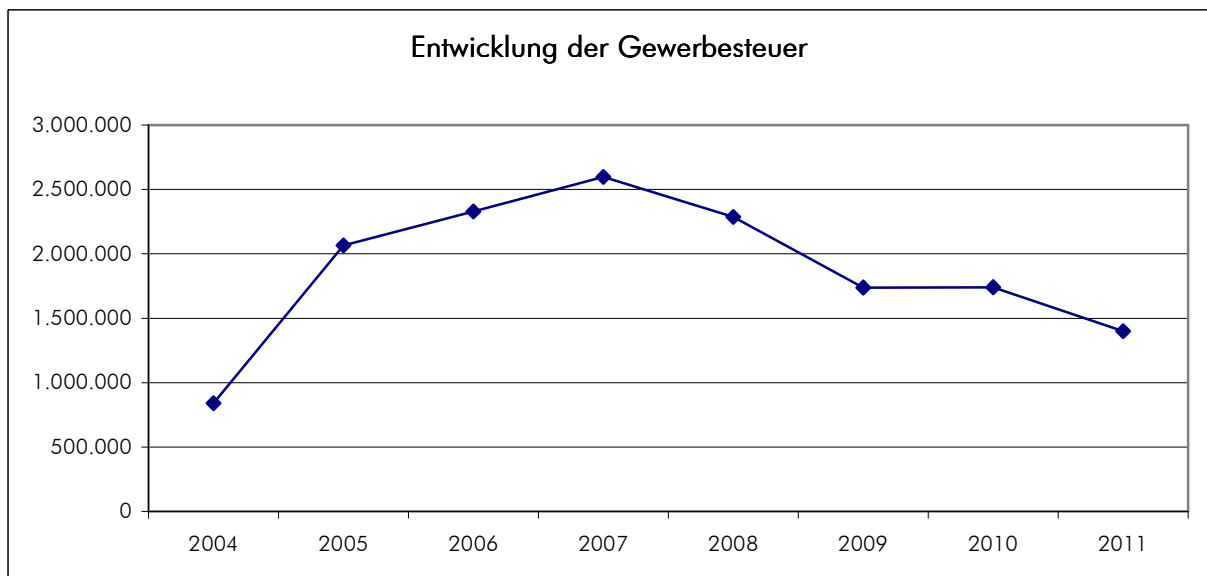
Im Jahr 2010 beliefen sich die Realsteuereinnahmen auf insgesamt rd. 763.000 EUR. Für das laufende Jahr werden Einnahmen auf dem Niveau des Vorjahres erwartet (insgesamt 760.000 EUR).



6.1.2. GEWERBESTEUER

Im Jahr 2011 ist, wie bereits erwähnt, von einem massiven Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen auszugehen. Konnten im Haushaltsjahr 2010 noch rd. 1.741.000 EUR vereinnahmt werden, kann für das Jahr 2011 vor dem Hintergrund der angeforderten Vorauszahlungen lediglich mit Einnahmen von 1.400.000 EUR kalkuliert werden. Dies bedeutet einen Rückgang der Einnahmen von rd. 341.000 EUR (- 19,6 %). Gerade bei der Gewerbesteuer sind gesicherte Aussagen über das tatsächliche Aufkommen jedoch nicht möglich, da jederzeit mit Rückzahlungen, aber auch mit zusätzlichen Einnahmen zu rechnen ist.

Ein Blick auf die Grafik zeigt, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer generell starken Schwankungen unterworfen sind und daher nicht als verlässliche Planungsgröße gelten können. Auffällig ist, dass seit dem „Rekordjahr“ 2007 ein permanenter Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen zu bilanzieren ist.

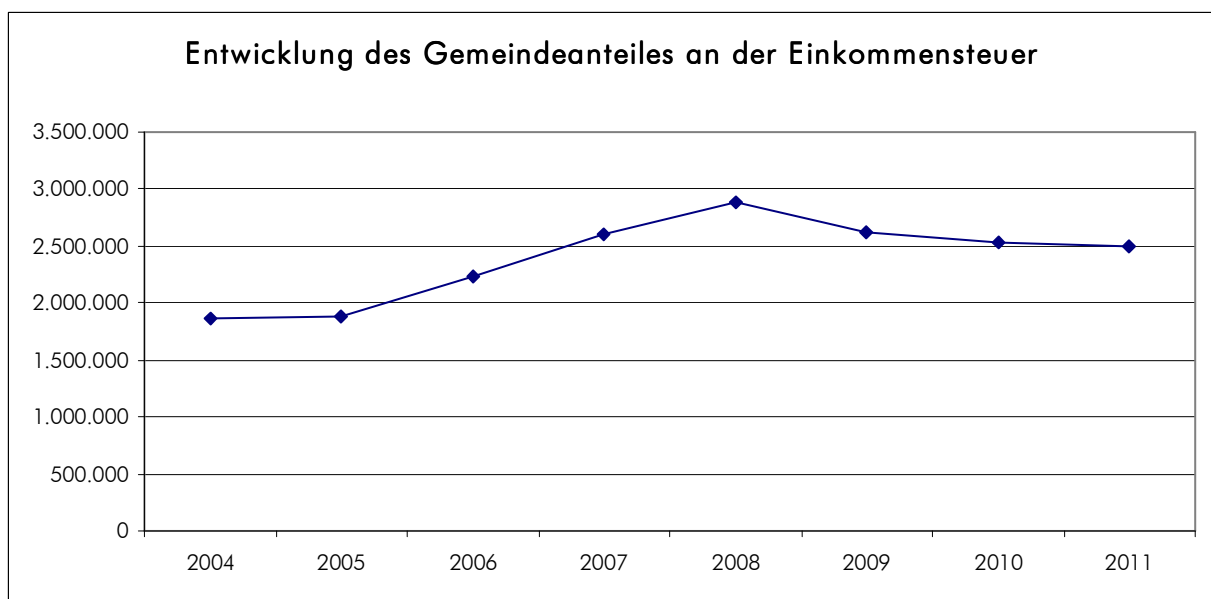


6.1.3. GEMEINDEANTEIL AN DER EINKOMMENSTEUER

Nachdem im Jahr 2008 die bisher höchsten Einnahmen verbucht werden konnten, ist seitdem ein sukzessiver Einbruch zu verzeichnen. Ob und ggf. wann das Niveau vor der Finanz- und Wirtschaftskrise erreicht werden kann, lässt sich nicht beurteilen.

So konnte für das Haushaltsjahr 2011 mit 2.500.000 EUR ein Betrag veranschlagt werden, der sich an den Einnahmen des Vorjahres orientiert (Rückgang um rd. 1,5 %). Bei einer weiteren positiven Wirtschaftsentwicklung könnte ähnlich wie im Jahr 2010 dem Markt ein höherer Gemeindeanteil zufließen als veranschlagt. Dies bleibt jedoch abzuwarten.

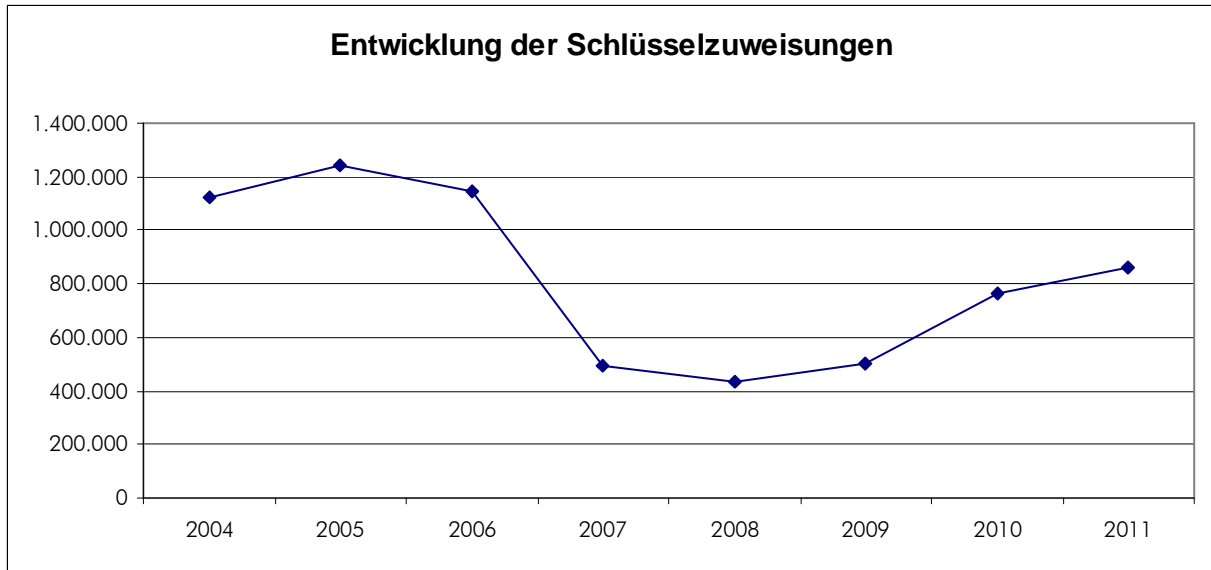
Die künftige Entwicklung dieser Einnahmequelle sollte sehr skeptisch und auch vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung Pleinfelds und im gesamten Landkreis beobachtet werden.



6.1.4. SCHLÜSSELZUWEISUNGEN

Die Höhe der Schlüsselzuweisungen wird nach den Vorgaben des kommunalen Finanzausgleiches berechnet und ist naturgemäß starken Schwankungen unterworfen. Im Jahr 2011 ist mit Einnahmen von rd. 860.000 EUR zu rechnen, was einer Mehreinnahme von rd. 100.000 EUR im Vergleich zum Vorjahr entspricht.

Ob angesichts der Verringerung der Steuerkraft in den Folgejahren mit höheren Einnahmen gerechnet werden kann, bleibt abzuwarten, da auch andere Faktoren eine Rolle spielen.



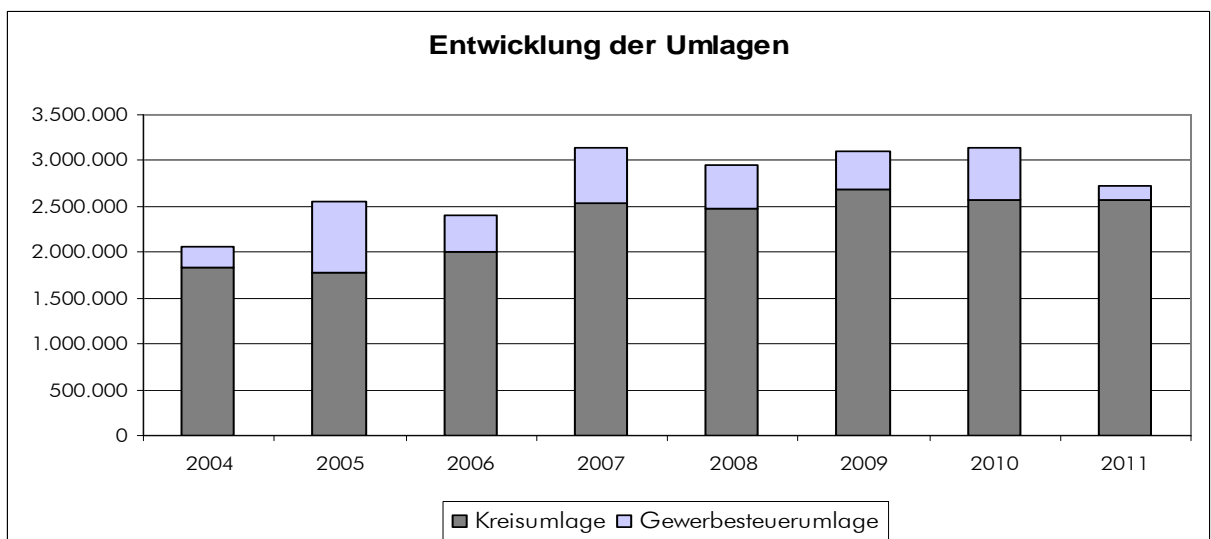
6.2. AUSGABEN

6.2.1. UMLAGEN

Die nachfolgende Grafik zeigt die Ausgaben der vergangenen Jahre, die im Rahmen der Abführung der Kreisumlage und der Gewerbesteuerumlage zu leisten waren. Beide Umlagen sind an die Steuer- bzw. Umlagekraft und an das Steueraufkommen gekoppelt und unterliegen daher Schwankungen.

Wie bereits erwähnt, ist mit rd. 2.570.000 EUR im Haushaltsjahr 2011 eine Kreisumlage abzuführen, die trotz gesunkener Umlagekraft im Prinzip der Höhe der Umlage des Vorjahres entspricht. Ursächlich hierfür ist die Anhebung des Umlagesatzes für die Kreisumlage um 3,1 Prozentpunkte (von bisher 50,4 % auf nunmehr 53,5 %).

Da bei der Gewerbesteuerumlage eine Erstattung für das Jahr 2010 vereinnahmt werden konnte, fällt die effektive Belastung im Haushaltsjahr 2011 relativ moderat aus (Haushaltsansatz 150.000 EUR).

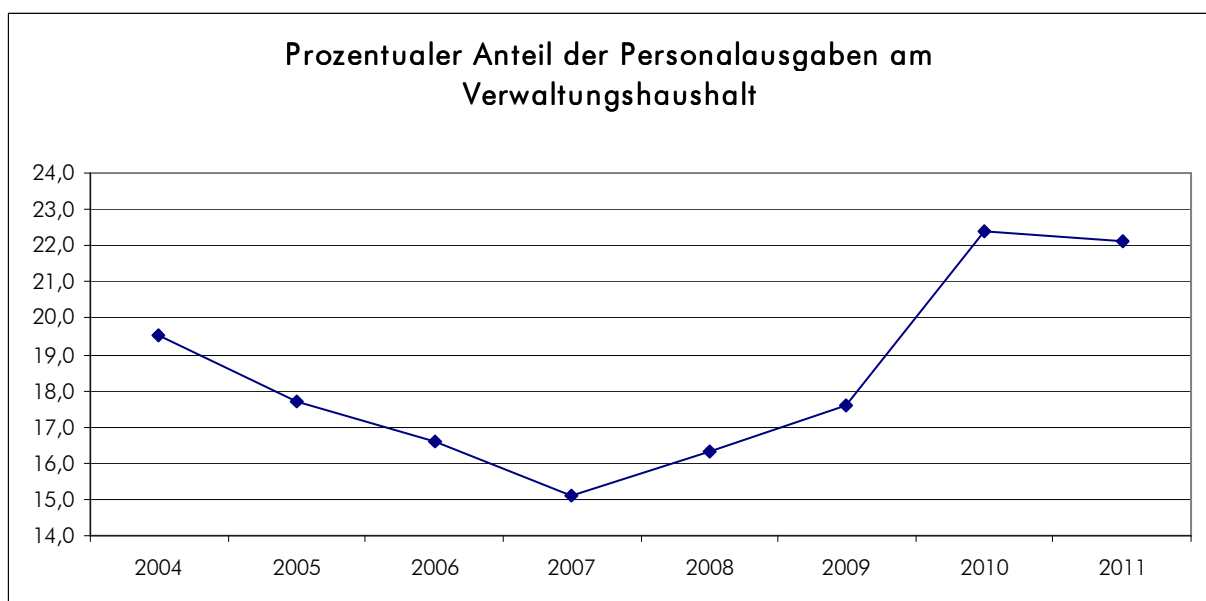
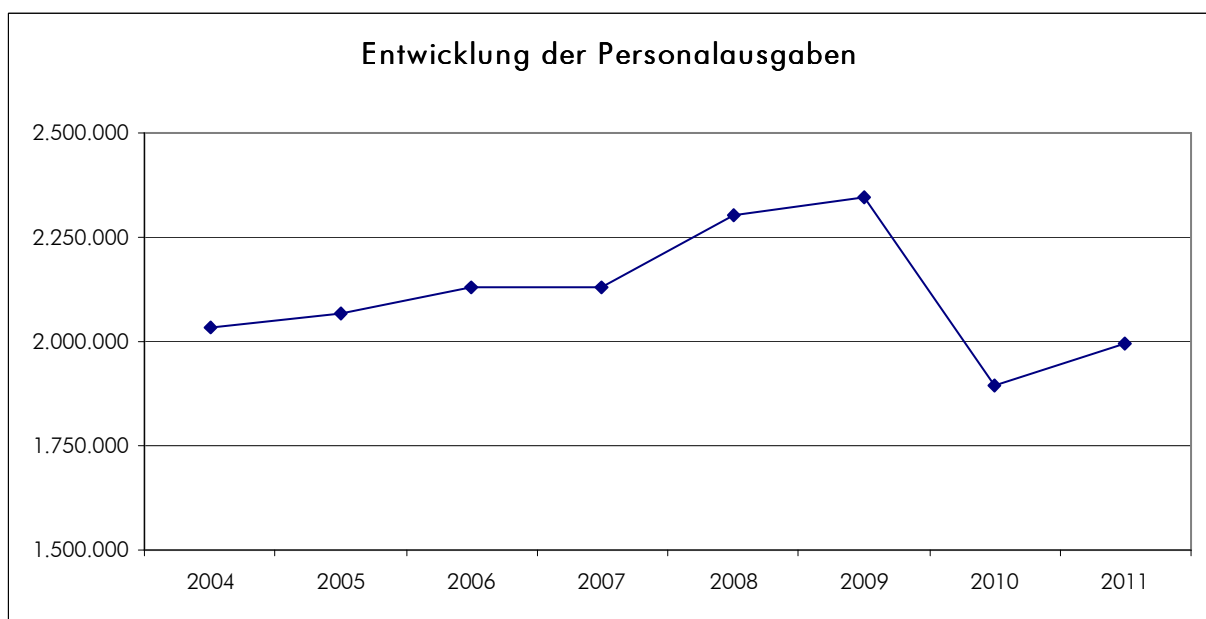


Im Vergleich zum Jahr 2010 ist im Haushaltsjahr 2011 ein verminderter Vervielfältiger für die Gewerbesteuerumlage zu Grunde zu legen (2010 = 71). Im Jahr 2011 wird ein Vervielfältiger von 70 angesetzt, was eine leichte Entlastung bedeutet.

6.2.2. PERSONALAUSGABEN

Die veranschlagten Personalausgaben in Höhe von 1.997.450 EUR haben sich im Vergleich zum Rechnungsergebnis des Vorjahres (rd. 1.893.804 EUR) erhöht. Die Ansätze basieren auf den Festlegungen des Stellenplanes, wobei Mehrausgaben auf Grund von tariflichen Entgeltsteigerungen eingeplant wurden.

Die Personalkosten für das Personal der Gemeindewerke werden im Wirtschaftsplan der Gemeindewerke veranschlagt.



Insgesamt bewegen sich die Personalausgaben nach wie vor auf einem durchaus moderaten Niveau, wenn man deren Anteil am Gesamtvolumen des Verwaltungshaushaltes auf der Basis der Haushaltsansätze betrachtet. Bei dieser Betrachtung liegt dieser Anteil im Haushaltsjahr 2011 bei rd. 22,1 %. Dieser Anteil ist jedoch grundsätzlich sehr differenziert zu betrachten, da das Gesamtvolumen des Verwaltungshaushaltes auf Grund anderer Gegebenheiten, die nicht mit Personalausgaben in Verbindung stehen, jährlich schwankt.

Wie in den Vorjahren wird auch im Haushaltsjahr 2011 ein Teil der Personalausgaben weiterverrechnet und durch andere Kostenträger erstattet.

7. INVESTITIONEN IM HAUSHALTSJAHR 2011

Im Haushaltsjahr 2011 sind Investitionen in der Gesamthöhe von 2.250.100 EUR veranschlagt.

Als größte Maßnahmen sind hier insbesondere die Fortführung der Generalsanierung der Hauptschule und die Errichtung eines Feuerwehrgerätehauses mit Vereinsräumen im Ortsteil Walting zu nennen.

Für einige Maßnahmen sind Einnahmen aus Zuweisungen, unter anderem aus dem Investitionspakt, veranschlagt.

Wie bereits erwähnt, reicht die Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt nicht aus, um eine freie Spanne für die notwendigen Investitionen zu schaffen.

Die näheren Details sind dem Investitionsprogramm zu entnehmen, das dem Haushaltsplan beigelegt ist.

8. SCHULDEN

Zur Finanzierung der im Vermögenshaushalt veranschlagten Investitionen im Haushaltsjahr 2011 ist eine Gesamtkreditaufnahme von 400.000 EUR geplant. Hinzu kommen noch 2.400.000 EUR, die als Haushaltseinnahmerest für die Aufnahme von Krediten aus den vorangegangenen Haushaltsjahren zur Verfügung stehen.

Im Februar 2011 wurde der Haushaltseinnahmerest bereits teilweise für die Aufnahme eines Kredites in Höhe von 2.000.000 EUR in Anspruch genommen. Je nach Fortgang der Investitionen und unter Berücksichtigung der Kassenliquidität und der Entwicklung des Haushaltsvollzuges werden weitere Kredite im Laufe des Jahres 2011 zu gegebener Zeit aufgenommen.

Bedingt durch die anstehenden Investitionen wird die Verschuldung des Marktes erheblich ansteigen. Trotz dieses unerfreulichen Umstandes ist festzuhalten, dass derzeit nach wie vor ein durchaus günstiges Zinsniveau herrscht.

Der Schuldendienst für die bereits bestehenden und neu aufzunehmenden Kredite beläuft sich im Jahr 2011 auf voraussichtlich insgesamt 676.000 EUR, wovon 182.000 EUR auf Zinsleistungen im Verwaltungshaushalt und 494.000 EUR auf Tilgungsleistungen im Vermögenshaushalt entfallen.

Die Verschuldung des Marktes Pleinfeld beläuft sich auf der Grundlage der Haushaltsplanung und auf der Basis des Wirtschaftsplanes der Gemeindewerke zum 31.12.2011 auf insgesamt

5.800.000 EUR.

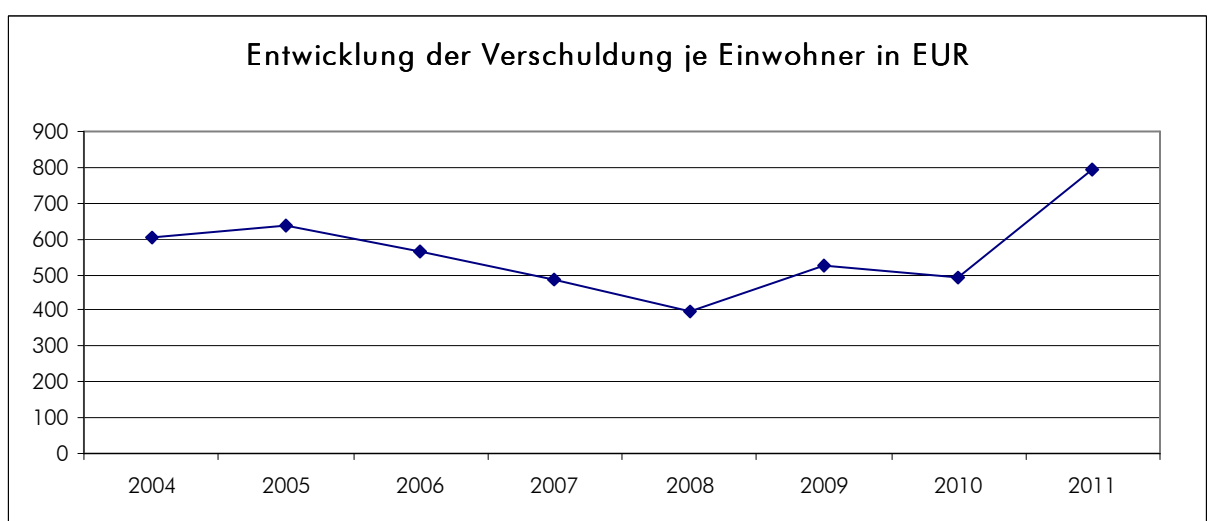
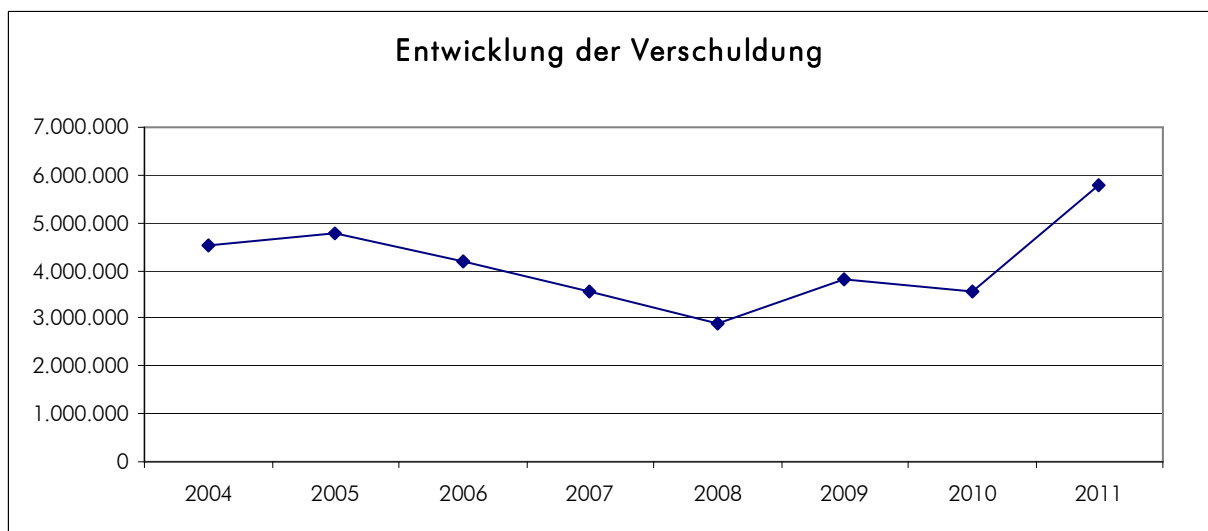
Die Verschuldung des Marktes Pleinfeld ohne Berücksichtigung der Gemeindewerke beläuft sich auf

5.226.000 EUR.

Der auf die Gemeindewerke entfallende Anteil beträgt

574.000 EUR.

Die Verschuldung des Marktes hat sich wie folgt entwickelt:



Die Verschuldung je Einwohner beläuft sich zum 31.12.2011 auf der Basis der Einwohnerzahl zum 30.06.2010 voraussichtlich auf 796 EUR.

9. RÜCKLAGEN

Zum Ende des Haushaltsjahres 2010 wurden der allgemeinen Rücklage rd. 24.031 EUR zum Rechnungsausgleich entnommen.

Zum 31.12.2010 umfasste die Gesamtrücklage des Marktes einen Betrag von 830.050 EUR, der sich wie folgt aufteilt:

- allgemeine Rücklage 422.176 EUR
- Sonderrücklage Abwasser 400.638 EUR
- Sonderrücklage Mehrgenerationenhaus 7.236 EUR

Im Haushaltsjahr 2011 ist keine Zuführung zu den Rücklagen vorgesehen.

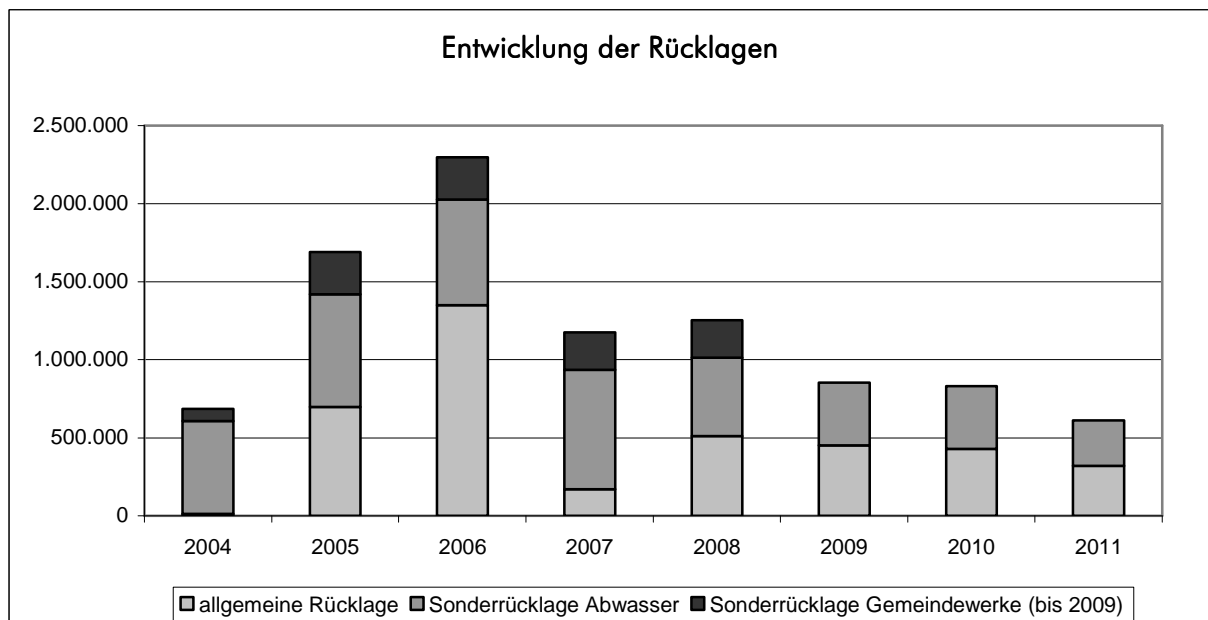
Zur Finanzierung der Investitionen bzw. zur Sicherung der ordentlichen Tilgung von Krediten sind im Jahr 2011 folgende Entnahmen veranschlagt:

- allgemeine Rücklage 108.000 EUR
- Sonderrücklage Abwasser 109.600 EUR

Nach der Haushaltsplanung sind am Ende des Haushaltsjahres 2011 demnach noch folgende Rücklagen in Höhe von insgesamt 612.450 EUR vorhanden:

- allgemeine Rücklage 314.176 EUR
- Sonderrücklage Abwasser 291.038 EUR
- Sonderrücklage Mehrgenerationenhaus 7.236 EUR

Nachfolgend wird die Rücklagenbewegung der letzten Jahre aufgezeigt:



Nach § 20 Abs. 2 KommHV-K muss in der allgemeinen Rücklage ein Betrag vorhanden sein, der sich in der Regel auf mindestens ein Prozent der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre beläuft (Mindestrücklage). Sie berechnet sich wie folgt:

Haushaltsjahr	Ausgaben des Verwaltungshaushaltes in EUR
2008	14.132.239
2009	13.358.672
2010	9.162.953
Summe	36.653.864
Durchschnitt	12.217.955
Mindestrücklage (1 v. H.)	122.180

Die nach dem Haushaltsrecht erforderliche Mindestrücklage wird demnach zum 01.01.2011 sowie zum Ende des Haushaltsjahres 2011 vorgehalten.

Im Hinblick auf die mittel- und langfristige Finanzplanung gilt es, die Rücklagen nach Möglichkeit zu verstärken, um vor allem in schwierigeren Haushaltsjahren nicht ausreichende Zuführungsraten vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt auszugleichen und auch ein Polster für notwendige Investitionen zu schaffen.

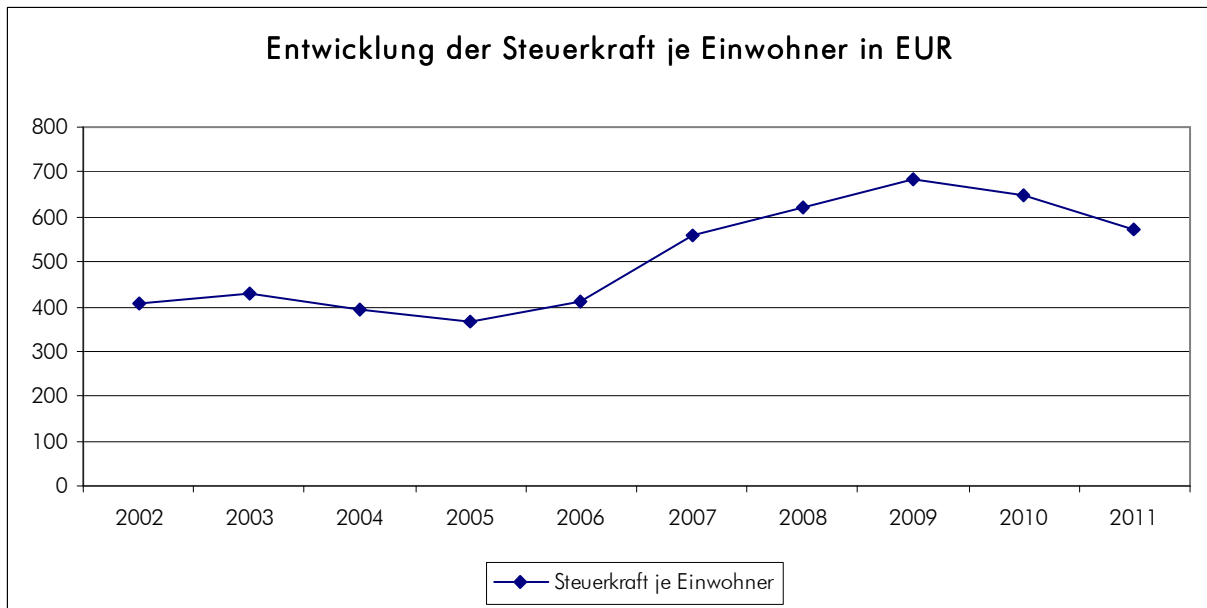
10. STEUERKRAFT, UMLAGEKRAFT

Die Steuerkraftzahlen geben Aufschluss über die Steuerkraft einer Gemeinde und errechnen sich aus der Summe der jeweiligen Steuerkraft bei den Grundsteuern, der Gewerbesteuer, der Einkommensteuerbeteiligung und der Umsatzsteuerbeteiligung. Bei der Berechnung werden nicht die tatsächlichen Hebesätze, sondern Nivellierungshebesätze zu Grunde gelegt. Die Steuerkraftzahlen für das jeweilige Jahr werden immer aus dem Steueraufkommen des Vorjahres berechnet (für 2011 aus dem Steueraufkommen 2009).

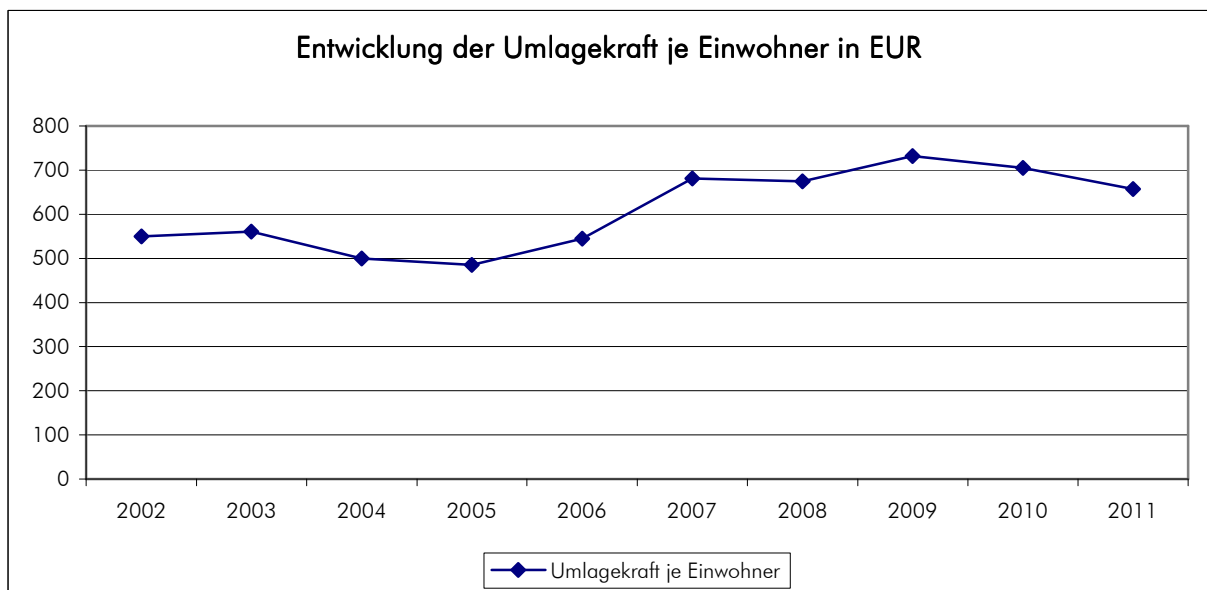
Aus der Steuerkraft wird die Umlagekraft berechnet, die für die Berechnung der Kreisumlage maßgebend ist.

Die Steuer- und Umlagekraft hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Jahr	Steuerkraftzahlen	Steuerkraft je Einwohner
2002	3.033.874	408,49
2003	3.186.938	428,35
2004	2.928.208	391,63
2005	2.735.132	365,71
2006	3.083.834	412,11
2007	4.106.856	556,48
2008	4.552.642	620,67
2009	4.987.374	683,76
2010	4.710.050	649,84
2011	4.193.501	573,74



Jahr	Umlagekraft	Umlagekraft je Einwohner
2002	4.087.558	550,36
2003	4.172.906	560,87
2004	3.738.362	499,98
2005	3.632.047	485,63
2006	4.080.263	545,27
2007	5.022.507	680,56
2008	4.946.082	674,31
2009	5.335.496	731,49
2010	5.108.645	704,84
2011	4.802.496	657,07



11. STELLENPLAN

Im Stellenplan, der dem Haushaltsplan beigefügt ist, sind die Stellen der nicht nur vorübergehend tätigen Beschäftigten dargestellt. Im Haushaltsjahr 2011 weist der Stellenplan insgesamt umgerechnet 42,48 Vollzeitstellen für 64 voll- und teilzeitbeschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (davon 2 Beamte) aus.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich somit eine Stellenminderung von umgerechnet 0,38 Vollzeitstellen, was hauptsächlich aus der Reduzierung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit einiger Beschäftigter resultiert. Bei zwei Beschäftigten ist eine geringfügige Erhöhung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit vorgesehen.

Die Stellen der Beschäftigten, die sich im Altersteilzeitverhältnis befinden, werden mit der Hälfte der Regelarbeitszeit im Stellenplan ausgewiesen und sind entsprechend gekennzeichnet („ATZ“ = Altersteilzeit).

Künftig entfallende Stellen sind ebenfalls im Stellenplan gekennzeichnet („kw“ = künftig wegfal-
lend).

Die bei den Gemeindewerken tätigen Beschäftigten wurden in den Stellenplan aufgenommen und entsprechend gekennzeichnet.

12. MITTELFRISTIGE FINANZPLANUNG 2010 BIS 2014

Dem Haushaltsplan ist der Finanzplan mit dem Investitionsprogramm beigefügt. Der Finanzplan für die Jahre 2010 bis 2014 ist in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Etwaige geringfügige Abweichungen basieren auf Rundungsdifferenzen, die programmtechnisch bedingt sind.

Für das laufende Jahr sind zwar relativ verlässliche Zahlen bekannt, jedoch sind die in der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2012 bis 2014 veranschlagten Einnahmen und Ausgaben durchaus einigen Kalkulationsrisiken unterworfen.

12.1. HAUSHALTSVOLUMEN

Die näheren Details zur Finanzplanung sind dem beigefügten Finanzplan zu entnehmen. Das Volumen des Vermögenshaushaltes beinhaltet die mittelfristige Planung der Investitionen.

Nach dem derzeitigen Stand der Haushalts- und Finanzplanung können erst ab dem Haushaltsjahr 2013 wieder Zuführungsraten an den Vermögenshaushalt erwirtschaftet werden, die über den Mindestzuführungsraten liegen.

Haushaltsjahr	Gesamthaushalt in TEUR	Verwaltungshaushalt in TEUR	Vermögenshaushalt in TEUR
2010	11.662	8.767	2.895
2011	11.772	9.027	2.745
2012	11.552	9.264	2.288
2013	10.435	9.168	1.267
2014	9.847	9.165	682

Zur Durchführung der geplanten Maßnahmen sind folgende Kreditaufnahmen in der Finanzplanung vorgesehen:

	2010 in TEUR	2011 in TEUR	2012 in TEUR	2013 in TEUR	2014 in TEUR
Kreditaufnahme	500	2.800	1.150	650	250
ordentliche Tilgungen	481	494	445	255	270
Änderung Nettoverschuldung	+ 19	+ 2.306	+ 705	+ 395	- 20

12.2. BEURTEILUNG DER DAUERNDEN LEISTUNGSFÄHIGKEIT

Gemäß § 4 Nr. 4 KommHV-K ist dem Haushaltsplan eine Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit beigefügt. Die Sicherstellung der stetigen Aufgabenerfüllung setzt eine geordnete Haushaltswirtschaft voraus. Die dauernde Leistungsfähigkeit ist zu erhalten und eine Überschuldung ist zu vermeiden. Daher ist die Übersicht jedes Jahr neu zu erstellen. Sie gewährleistet eine laufende Beobachtung der Verschuldung und damit der Finanzlage.

Die Zahlen für die dreijährige Vorausschauphase basieren allerdings zum Teil auf geschätzten Werten, so dass gerade diese Phase dementsprechende Unwägbarkeiten beinhaltet, wobei der Unsicherheitsfaktor von Finanzplanungsjahr zu Finanzplanungsjahr zunimmt. Daher kann sich die momentane Lage, auf der die Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit fußt, bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für das Folgejahr unter Umständen in vielen Punkten anders darstellen.

Zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit stellt die Übersicht vor allem die voraussichtlichen Zuführungen des Verwaltungshaushaltes zum Vermögenshaushalt dar. Hierdurch soll mindestens die ordentliche Tilgung von Krediten sichergestellt werden können, wobei noch die vom Freistaat gewährte Investitionszuschüsse berücksichtigt wird.

Ein sich errechnender positiver Betrag kann als Überschuss des Verwaltungshaushaltes oder als „freie Spanne“ oder „freie Spitze“ bezeichnet werden. Die Übersicht gibt Aufschluss darüber, ob Ausgaben des Vermögenshaushaltes mit der Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt finanziert werden können. Sie lässt auch erkennen, ob dem Verwaltungshaushalt finanzielle Reserven zur Verfügung stehen, mit denen etwaige Verschlechterungen der Finanzsituation aufgefangen werden könnten.

Der bereinigte Zuführungsbetrag ist die Grundlage für die Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit einer Gemeinde und zeigt auch auf, inwieweit noch neue Dauerverpflichtungen übernommen werden können, wie sie insbesondere der Schuldendienst und Folgelasten neuer Investitionen darstellen.

Wie bereits erwähnt, ist die finanzielle Situation des Marktes im Haushaltsjahr 2011 sehr angespannt. Die ordentliche Tilgung von Krediten kann auf der Grundlage des Haushaltsplanes nicht durch die Zuführung vom Verwaltungshaushalt ermöglicht werden. Sie wird erst durch Entnahmen aus den Rücklagen vollständig sichergestellt. Aus heutiger Sicht ist erst ab dem Haushaltsjahr 2013 mit einer Entspannung und entsprechenden Zuführungsraten zu rechnen.

Allerdings ist die prognostizierte „freie Spanne“ sehr gering, so dass man konstatieren muss, dass weitere Anstrengungen zeitnah erforderlich sind, um die Finanzlage nicht nur zu stabilisieren, sondern merklich und nachhaltig zu verbessern.

Entsprechende nachhaltige Maßnahmen, die zur Reduzierung von Kosten oder zur Erhöhung von Einnahmen beitragen können, hat der Marktgemeinderat durch die Verabschiedung von Konsoli-

dierungsprogrammen bereits eingeleitet. Darüber hinaus dürfte jedoch die umfassende Prüfung weiterer Optionen zur Konsolidierung der gemeindlichen Finanzen notwendig sein.

Das wünschenswerte Ziel der Stärkung der Rücklagen zur Kompensation der Auswirkungen schwieriger Haushaltsjahre und zur Erhaltung finanzieller Spielräume kann nur durch Einleitung entsprechender Maßnahmen erreicht werden.

Pleinfeld, im März 2011
Andreas Hertrich

ANLAGE ZUM VORBERICHT

1. Erläuterungen zu den einzelnen Einnahmegruppen (siehe Seite 10):

Steuern, allgemeine Zuweisungen = z. B. Grundsteuer A, Grundsteuer B, Gewerbesteuer, Hundesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommen-, Umsatz- und Grunderwerbsteuer, Schlüsselzuweisungen, sonstige Finanzaufweisungen.

Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb = z. B. Verwaltungsgebühren, Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte, zweckgebundene Einnahmen, Einnahmen aus Verkäufen, Mieten, Pachten, Erstattung von Verwaltungs- und Betriebsausgaben, Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke.

Sonstige Finanzeinnahmen = z. B. Zinseinnahmen, Konzessionsabgaben, kalkulatorische Einnahmen.

2. Erläuterungen zu den einzelnen Ausgabegruppen (siehe Seite 10):

Sächl. Verwaltungs- und Betriebsaufwand = z. B. Unterhalt und Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen und des sonstigen unbeweglichen Vermögens, Geräte und Ausstattung (unter 410 EUR), Mieten, Pachten, Haltung von Fahrzeugen, Verwaltungs-, Betriebs- und Geschäftsausgaben, Steuern, Versicherungen, Kostenerstattungen, kalkulatorische Kosten.

Sonstige Finanzausgaben = z. B. Zinsausgaben, Gewerbesteuerumlage, Kreisumlage, Deckungsreserve, Zuführung zum Vermögenshaushalt.